

«Nicht in Vergessenheit geraten»

LANGENTHAL Johann Schneider-Ammann war der erste Oberaargauer überhaupt im Bundesrat. Entsprechend stolz sei man auf seine Wahl gewesen, sagt Stadtpräsident Reto Müller. Und habe zuweilen auch mit ihm gelitten.

Es herrschte Ausnahmestimmung in jenem Herbst 2010 in Langenthal. Umringt von Weibeln, dem damaligen Stadtpräsidenten und dem Berner Regierungspräsidenten schritt Johann Schneider-Ammann (FDP) an der Seite seiner Frau Katharina durchs Stadtzentrum. Scharenweise hatten sich Menschen auf den Trottoirs versammelt. Alle waren gekommen, um ihrem künftigen Bundesrat die Ehre zu erweisen und sich später bei Gratissotto und -getränken gemeinsam über den ersten Oberaargauer überhaupt in der Landesregierung zu freuen.

Erst wenige Tage waren damals vergangen seit der für Langenthal so denkwürdigen Wahl. Schon diese hatten etliche Oberaargauer live in Bern mitverfolgt. Und noch vor Jahresende wurde Schneider-Ammann 2010 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

Stolz und Kritik

«Die Wahl Johann Niklaus Schneider-Ammanns in den Bundesrat hat die Bevölkerung der Stadt Langenthal und auch die Behörden mit Stolz erfüllt», blickte Stadtpräsident Reto Müller (SP) nach der Bekanntgabe von dessen Rücktritt gestern auf die damalige Stimmung zurück. Auch zur Bundespräsidentenfeier 2016 sei wieder ein grosser Teil der Langenthaler Bevölkerung erschienen. «Wenngleich nicht alle Entscheide des Magistraten für alle Einwohnerinnen und Einwohner stets nachvollziehbar waren», so sei Langenthal doch treu hinter seinem Bundesrat gestanden, sagte Müller.

Freilich ist zuweilen auch in der Wohngemeinde Kritik laut geworden an Schneider-Ammann. Erst vor zwölf Tagen marschierten um die 200 Personen gemeinsam vom Wuhrlplatz auf den nach ihm benannten Platz vor dem Chouffüsi, um ihrem Unmut gegenüber seiner Haltung in der Rüstungspolitik Ausdruck zu verleihen (wir berichteten).



Ausnahmestatus im Herbst 2010: Der frisch gewählte Bundesrat liess sich von der Langenthaler Bevölkerung feiern.

Foto: Walter Pfiffli

«Wenngleich nicht alle Entscheide des Magistraten für alle Einwohner stets nachvollziehbar waren, stand Langenthal treu hinter seinem Bundesrat.»

Reto Müller, Stadtpräsident

«Schneider-Ammann sah und sieht sich als Diener des Staates», lobte gestern indes der Stadtpräsident. «Eindrücklich und manchmal gar mitleidig las man jeweils aus seinem Gesicht und seiner Haltung ab, wie ihm der eine oder andere Auftritt nicht behagte.» Der Gemeinderat, die Behörden und die Bevölkerung Langenthals dankten ihm und seiner Familie denn auch für den «grossen und aufopfernden Einsatz zugunsten unseres Landes». Auch Region-Geschäftsführer Stefan Costa lobt das politische

Erbe seines Parteikollegen, «von dem unsere exportorientierte Oberaargauer Wirtschaft mit ihren vielen Zuliefernden Gewerbetrieben noch viele Jahre wird profitieren können».

Oberaargauer Werte

Als «verlässlicher, gradliniger und bodenständiger Mensch» habe Schneider-Ammann Attribute des Oberaargaus vertreten, sagt Costa. «Ich bedauere es deshalb sehr, dass wir Ende Jahr einen Politiker aus seiner aktiven Karriere werden verabschieden müssen, der unsere Region mit seinen Werten verkörpert und repräsentiert.»

Ins selbe Horn stösst Diego Clavadetscher, Präsident der FDP Langenthal. Mit seiner Besonnenheit, seiner Lösungsorientierung, seinem Fleiss, dem Unternehmertum, seinem Verantwortungsbewusstsein und seiner Zurückhaltung habe «ih» Bundesrat während seiner Amtszeit für den Oberaargau typische Werte repräsentiert. «Selbstverständlich hätten wir uns gefreut, wenn unser Land noch länger von

den Kompetenzen «unseres» Bundesrates hätte profitieren dürfen», so Clavadetscher. Gleichzeitig könne die FDP Langenthal aber gut verstehen, dass sich Schneider-Ammann «nach acht kräftezehrenden Jahren vermehrt seiner Familie und anderen Aufgaben widmen will». Das unterstreicht auch Béatrice Lüthi, Präsidentin des Wirtschaftsverbands Oberaargau (WVO). Dass der Magistrat nun etwas kürzertreten wolle, sei «absolut verständlich», verweist sie auf dessen Verdienste insbesondere für die Berufsbildung. Als seine Nachfolgerin wünsche sie sich allerdings eine Frau, räumt die WVO-Präsidentin offen ein. «Gemischte Teams arbeiten besser, das gilt auch für den Bundesrat.» Wobei natürlich das wichtigste Kriterium sei, nicht am Volk vorbeizupolitisieren.

Repräsentant der Kleinstadt

Gedanken über die Zukunft macht sich ebenso Stadtpräsident Müller. Auch wegen des Bundesrates und seiner Familie sei Langenthal in den letzten Jah-

ren ab und an im Fokus des Interesses gestanden. «In diesem Sinne hat er uns als intakte und gesunde Kleinstadt im Mittelland der Schweiz repräsentiert und bekannter gemacht.» Dass Langenthal nun nicht mehr direkt im Bundes- oder im Regierungsrat vertreten sein wird, möge kurzfristig keine grosse Auswirkung haben, da dort nicht primär regional- oder gar kommunalpolitische Anliegen vertreten werden sollten. «Trotzdem wird es wichtig sein, dass der Oberaargau in Bern nicht in Vergessenheit gerät.»

Immerhin im Nationalrat ist die Region wenigstens bis zu den nächsten Wahlen noch vertreten, wie gestern Adrian Wüthrich in Erinnerung rief. «Ich werde ab 2019 den Oberaargau im Bundeshaus alleine vertreten müssen!», kommentierte der SP-Nationalrat in den sozialen Medien Schneider-Ammanns Rücktritt. In der Firma Ammann wollte man den Rücktritt des früheren Chefs aus der Landesregierung gestern nicht kommentieren.

Kathrin Holzer

Lüftung wird moderner

HERZOGENBUCHSEE Die bestehende Anlage im Kornhaus soll nachgerüstet werden. Der Gemeinderat hat einen entsprechenden Kredit bewilligt.

Im Kornhaus steht der Umbau des 2. Obergeschosses für die Sozialabteilung an (wir berichteten). Aus diesem Grund – und wegen der fehlenden Anbindung des Stockwerkes an die Lüftungsanlage – wurde die Gelegenheit genutzt und die Installationen in der gesamten Liegenschaft überprüft. Schon lange seien die sehr hohen Nebenkosten aufgefallen, informiert die Gemeinde per Medienmitteilung. Wobei die Lüftungsanlage einen grossen Anteil daran trage, so das Resultat der Messungen. Die 2008 installierte Lüftung erfülle zwar alle gesetzlichen Richtlinien, heisst es. Sie sei aber inzwischen technisch veraltet. Zudem fehlt eine effiziente Steuerung der Luftzufuhr.

Die Lösung: Die Lüftungsanlage wird mit einer elektronischen Steuerung nachgerüstet. Der Gemeinderat hat hierfür einen Kredit von 55 000 Franken bewilligt. Für die eigentliche Anpassung der Steuerung sind 12 000 Franken vorgesehen, der Rest der Kosten entfällt auf die Anbindung des 2. Stocks an die Lüftungsanlage sowie auf diverse Anpassungen. Man geht davon aus, dass jährlich rund 2000 Franken an Stromkosten eingespart werden. *pd*

In Kürze

WYNAU

Schokito wird beibehalten

Seit Februar 2017 erhalten Lehrpersonen und Schulklassen in Wynau und Roggwil im Schulalltag bei Bedarf Unterstützung von Fachpersonen der Schoio-Familienhilfe und der offenen Kinder- und Jugendarbeit Tokio. Wie die Gemeinde Wynau auf ihrer Website informiert, soll das Kooperationsprojekt Schokito nach der zweijährigen Pilotphase weitergeführt werden. Für die Fortsetzung seitens Wynaus hat der Gemeinderat 30 000 Franken ins Budget aufgenommen. *khl*

ROGGWIL

Kredite für Schule und Kindergarten

Das Physik- und Sammlungs-zimmer im Oberstufenzentrum soll umfassend saniert werden. Er werde der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember einen Kredit über 295 000 Franken für das Vorhaben unterbreiten, schreibt der Gemeinderat im Internet. Keinem Versammlungsbeschluss unterliegt indes ein zweiter Kredit, den der Gemeinderat ebenfalls an seiner letzten Sitzung beschlossen hat: 21 000 Franken für die Projektierung der Kindertagensanierung im Bündtenacker. *khl*

Wir gratulieren

LOTZWIL

Heute kann **Martha Zingg-Ritter** im Alterszentrum Am Dorfplatz in Lotzwil ihren 97. Geburtstag feiern. *pd*

OCHLENBERG

Im Hombreg feiert heute **Dora Zuber-Lüthi** ihren 85. Geburtstag. *rwo*

Ein Notar muss sich erklären

JUSTIZ Vor dem Regionalgericht Emmental-Oberaargau muss sich ein Jurist wegen angeblicher Veruntreuung und ungetreuer Geschäftsbesorgung verantworten. Es geht um zahlreiche Verträge, Vereinbarungen und um eine Menge Geld.

Ein Bauunternehmer hatte bei einem Berufskollegen einen Kredit in Höhe von 1,5 Millionen Franken beantragt. Zur Sicherheit des Pfandgebers waren bei einem Oberaargauer Notar fünf Inhaberschuldbriefe mit dem gleichen Wert hinterlegt worden. Im November 2012 hatte der Kreditnehmer den Notar schliesslich mit einer als dringend gekennzeichneten E-Mail beauftragt, die Dokumente bei der Bank einzulösen. Der Bauunternehmer hatte damals angegeben, das Vorgehen mit seinem Geldgeber abgesprochen zu haben und dass die 1,5 Millionen für ein gemeinsames Bauprojekt benötigt würden.

15 Monate später

Daraufhin löste der Notar die Schuldbriefe bei einer Bank ein. Doch dieses Handeln ist ihm zum Verhängnis geworden: Der Kreditgeber hatte angeblich gar keine Einwilligung gegeben. Er zog den Jurist wegen Veruntreuung und ungetreuer Geschäftsbesorgung vor Gericht.

Sicherheit nach wie vor aufbewahrt. Die Gerichtspräsidentin erwiderte, der Notar habe ihn doch über die Herausgabe mit einer E-Mail an seine Geschäftsadresse in Kenntnis gesetzt. «Die E-Mail befand sich in meinem Postfach, ich habe sie aber erst nach dem Telefonat gesehen», gab der Kläger an. Von einer A-Post-Sendung, die ihm ebenfalls im November 2012 zugestellt worden sein soll, wollte er indes gar nichts wissen.

Post und Mails lesen

Der beschuldigte Notar gab zu, die Inhaberschuldbriefe ohne Einwilligung des Klägers herausgegeben zu haben. «Ich habe die Briefe aber nicht nur aufgrund der E-Mail an die Bank weitergegeben», betonte er. Vielmehr habe er das persönliche Gespräch

mit seinem Auftraggeber gesucht. «Er hat mir glaubhaft versichert, dass sein Kollege mit der Herausgabe einverstanden sei.»

Auf die Feststellung der Gerichtspräsidentin, das Einverständnis des Pfandgebers wäre gemäss Vertrag aber zwingend gewesen, erwiderte der Beschuldigte: «Die kann auch nachträglich eingeholt werden.» Weshalb er ja den Geldgeber unverzüglich mit einer E-Mail und einem A-Post-Brief von der Herausgabe in Kenntnis gesetzt habe. Man dürfe doch davon ausgehen, dass ein Geschäftsmann seine Post und seine Mails lese.

Wo sind die Briefe?

Es ist aber nicht der einzige Vorwurf, der gegen den Notar im Raum steht. Zwischen Februar und September 2015 hatte er die-

selben Inhaberschuldbriefe ein weiteres Mal herausgegeben, angeblich wiederum ohne die Zustimmung des Klägers. Diesmal wurde das Geld auf ein Treuhandkonto, das auf den Namen des Notars lautete, überwiesen.

Mittlerweile befinden sich die Schuldbriefe nicht mehr im Besitz des Juristen. Wo sie heute aufbewahrt werden, wurde während der Verhandlung nicht klar. Der Pfandnehmer ist aktuell auf Weltreise, für seine Aussage legte er einen Zwischenstopp in Burgdorf ein. Wann er gedankt, seine Schuld zurückzahlen, konnte er nicht sagen. Knapp 120 000 Franken sind noch offen.

«Ein Spielball»

In seinem Plädoyer gab der Anwalt des Klägers an, der Beschuldigte habe seinem Mandanten

massiv geschadet und zugleich gegen seinen Berufstand verstoßen. Dass er in beiden Fällen zugunsten des Klägers gehandelt habe, sei eine reine Schutzbehauptung. Die Anwältin des Beschuldigten beharrte hingegen auf einem Preispruch. «Er ist zum Spielball der beiden Parteien geworden.» Zudem zweifelte sie an der Glaubwürdigkeit der beiden Unternehmer an. Sie führte aus, dass die Straftatbestände der Veruntreuung und der ungetreuen Geschäftsbesorgung gar nicht erfüllt seien: «Der Tatbestand einer Veruntreuung setzt die Aneignung einer fremden Sache voraus.» Das sei bei ihrem Mandanten nicht der Fall gewesen. Gerichtspräsidentin Nicole Fankhauser eröffnet das Urteil heute um 16 Uhr.

Béatrice Beyeler

Zwischen Gewehren und Pistolen

BURGDORF Die Schweiz muss das verschärfte EU-Waffenrecht übernehmen. Wie sie das tun will, war Thema im nationalen Parlament. Derweil kann sich Büchsenmacher Daniel Wyss über einen wachsenden Kundstamm freuen.

Etwas Abschreckung, etwas Neugierde, etwas Angst, etwas Kopfkino. Es ist schwer zu erklären, woher die Faszination für Waffen kommt. Auch Daniel Wyss weiss es nicht genau, obwohl er seit fast dreissig Jahren die Büchsenmacherei in der Burgdorfer Oberstadt führt. Ihn begeistern die Präzision, die Mechanik und das Handwerk. Seine Lieblingswaffe ist die SIG P 210. 1947 bis 1975 die Pistole der Schweizer Armee, auch Pistole 49 genannt. Kaum eine andere hätte eine so lange Lebensdauer bei gleich bleibender Qualität, sagt Wyss.

Wie es anderen geht, darüber kann er nur spekulieren. Es gebe viele Männer, die sich, oft zum Entsetzen ihrer Frau, bei ihm eine Pistole gekauft, einmal damit geschossen und sie dann eigentlich nie mehr gebraucht hätten, sagt er. «Viele wollen wohl vor allem einfach eine besitzen.» Vielleicht sei es eine Art von Urinstinkt, weil der Mensch schon immer das Bedürfnis hatte, sich verteidigen zu können. Wyss stimmt zu, dass auch Kino und TV das Ihre dazutun, gerade bei Männern.



Er hat eine klare Haltung: Daniel Wyss ist dagegen, das Waffengesetz zu verschärfen. «Ein Wechsel ist unnötig.»

Foto: Thomas Peter

VERSCHÄRFTES WAFFENGESETZ

«Ich rechne mit einer Stunde Mehrarbeit pro Tag»

Kleinere Magazine, verbotene Gewehre und neue Meldepflichten. So sollen die neuen Richtlinien aussehen.

Das verschärfte Waffengesetz ist so gut wie beschlossen. Vor etwa vierzehn Tagen hat der Ständerat die Vorlage wieder zurück an den Nationalrat geschickt. Vor einer Woche hat dieser die Differenzen bereinigt und alle Vorschläge der kleinen Kammer übernommen. Folgende Verschärfungen haben auch Einfluss auf Büchsenmacher wie Daniel Wyss. Demnach gelten halbautomatische Langwaffen mit Magazineinheiten über zehn Schuss künftig als verboten. So also auch etwa die Sturmgewehre für die 300-Meter-Wettkämpfe der Schützen. Ebenso halbautomatische Pistolen mit Magazineinheiten über zwanzig Schuss. Ausnahmen sind möglich, wenn jemand Mitglied in einem Schützenverein ist und beweisen kann, dass er seine Waffe regelmässig benutzt. Wer

eine solche Waffe bereits besitzt, muss sie bei der kantonalen Behörde anmelden. Sammler dürfen ebenfalls verbotene Waffen erwerben. Sie müssen ein Verzeichnis führen, für die sichere Aufbewahrung garantieren und den Zweck der Sammlung darlegen. Für ehemalige Angehörige der Armee ändert sich nichts, wenn sie ihre Ordonnanzwaffe nach beendetem Dienstpflicht behalten. Jagdwaffen sind von der Verschärfung des EU-Waffenrechts ebenfalls nicht betroffen. Dafür müssen künftig alle wesentlichen Waffenbestandteile mit einer Markierungs-

nummer versehen werden. Bei Pistolen wären das etwa der Griff, der Verschluss und der Lauf, bei Gewehren die Verschlussgehäuse, der Verschluss und der Lauf.

Würde das Gesetz so durchkommen, rechnet Daniel Wyss mit einer Stunde Mehrarbeit pro Tag, wegen der neuen Meldepflichten. Er weiss auch nicht recht, ob seine Computersoftware für die zusätzlichen nötigen Referenznummern überhaupt gerüstet ist. Sicher ist er sich indes, dass die Behörden exponentiell mehr Aufwand erwarten, spricht die Polizei, die seiner Meinung nach Besseres zu tun hätte.

Weil nicht nur die Büchsenmacher, sondern auch die Schützen und Teile der SVP gegen das Gesetz sind, ist ein Referendum mehr als wahrscheinlich. Die Abstimmung wird bald stattfinden müssen. Denn die Schweiz muss die EU-Richtlinien bis Mai nächsten Jahres umsetzen. *mbu*

Die Abstimmung wird bald stattfinden müssen. Denn die Schweiz muss die EU-Richtlinien bis Mai umsetzen.

Martin Burkhalter

Provisorium aufgeleist

SEEBERG Für die Containerlösung müssen die Stimmbürger über einen Kredit von 300 000 Franken abstimmen. Parallel dazu laufen die Abklärungen für einen Erweiterungsbau bei der Schulanlage Grasswil weiter.

In Seeberg wird zusätzlicher Schulraum benötigt. Darüber hatte der Gemeinderat bereits letzten März, als er die Ergebnisse der Schulraumpfanung präsentierte, informiert. Er hatte damals entschieden, die Kindergartenklasse im Schulhaus Seeberg beizubehalten, solange noch keine Nachfolgenutzung für diese Liegenschaft besteht, und den kurzfristig nötigen Schulraum mittels Containermodulen bereitzustellen (wir berichteten).

In der Zwischenzeit erfolgten weitere Abklärungen: Der Gemeinderat hat sich an seiner Sitzung im Juni für eine Lösung mit einem zusätzlichen Zimmer inklusive Garderobe/WC per Schuljahr 2019/2020 entschie-

den. Hinsichtlich der Standortfrage sei es dem Gemeinderat wichtig gewesen, die verschiedenen Bedürfnisse und Interessen seitens der Schule, der Vereine und der Gemeinde bestmöglich zu berücksichtigen, heisst es in einer Medienmitteilung. Woraufhin entschieden wurde, das Provisorium auf dem Hartplatz zu realisieren. Und zwar so, dass dieser noch für Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden kann.

Arbeitsgruppe eingesetzt

Gestützt auf die Arbeiten der Dällenbach Ewald Architekten AG aus Steffisburg hat der Gemeinderat nun an seiner Sitzung über die Erweiterung des Provisoriums im Frühjahr soll ein Vorprojekt vorliegen, das der Bevölkerung vorgestellt werden kann.

Im März hatte es geheissen, dass gemäss einer ersten groben Schätzung für den Erweiterungsbau mit Kosten von rund 1,2 Millionen Franken gerechnet werden müsste. Dies bezog sich auf zwei Klassenzimmer sowie zwei Gruppenräume. *pd/swl*

29. November zur Genehmigung beantragt.

Wie bereits im März angekündigt, beabsichtigt der Gemeinderat, den zusätzlich nötigen und nun vorerst mittels Provisorium bereitgestellten Schulraum bei der Anlage Grasswil in Form eines Festbaus zu schaffen. Die nötigen Abklärungen dazu sollen parallel zur Realisierung des Provisoriums in Angriff genommen werden. Weshalb der Gemeinderat einen Kredit von 23 000 Franken für das Ausarbeiten eines Vorprojekts inklusive Variantenstudium bewilligt hat. Gleichzeitig wurde die Arbeitsgruppe Schulraumerweiterung eingesetzt. Voraussetzungen für die Schaffung des nötigen Schulraumpvisoriums bewilligt. Es handle sich dabei um neue und nach den neuesten Vorschriften isolierte Containermodule mit entsprechendem Wiederverkaufswert, heisst es. Der Kredit wird an der Gemeindeversammlung vom

Die Bevölkerung soll sich zu Wort melden

HERZOGENBUCHSEE Als Planungsgrundlage für die Umgestaltung des Bahnhofgebiets wird aktuell ein Masterplan erarbeitet. Nun liegen erste Zwischenergebnisse vor.

Dem Bahnhofquartier in Herzogenbuchsee stehen grosse Veränderungen bevor. Das Gebiet zwischen den neuen Quartieren im Westen, dem Bahnhof und dem historischen Dorfkern soll urbaner werden. Wie das geschehen soll, das soll ein Masterplan aufzeigen, der gegenwärtig erarbeitet wird (wir berichteten).

Ende August wurde den Beteiligten in einem Workshop der aktuelle Zwischenstand des Planungsverfahrens präsentiert. Einmal mehr wurde betont, dass in städtebaulicher Hinsicht die Schwerpunkte für den Ostteil des Bahnhofquartiers auf einer qualitativ guten Siedlungsentwicklung nach innen liege und für die Entwicklung der Industriebrachen westlich der Gleise optimale Vo-

raussetzungen geschaffen werden sollen. Die am dringendsten zu klärende Frage im Bereich Verkehr sei jene nach dem Anschluss der Personenerführung an die beiden Bahnhofplätze Ost und West, heisst es in einer Medienmitteilung der Gemeinde. In diesem Zusammenhang müsse auch die Funktion der beiden Plätze festgelegt werden. Beispielsweise stellt sich hier die Frage nach dem künftigen Busbahnhof.

In einem nächsten Schritt sollen der Bevölkerung nun – vor dem nächsten Workshop – ein Werkstatteneinblick gewährt und die Zwischenergebnisse präsentiert werden. Stattfinden wird die öffentliche Informationsveranstaltung am Dienstag, 30. Oktober, im Sonnensaal (Beginn: 19 Uhr). Für die Anwesenden bestehe die Gelegenheit, ein direktes Feedback abzugeben sowie weitere Verbesserungsvorschläge und Anregungen einzubringen, heisst es. Diese würden nach Möglichkeit in den Masterplan einfließen. *pd*